

Realwirtschaft unterordneten und damit immerhin eine Periode von fast drei Dekaden wirtschaftlichen Wachstums ohne größere Finanzkrisen eingeleitet haben. Derzeit ist es hingegen eher unwahrscheinlich, dass wir ähnlich große Schritte sehen werden, um die Finanzialisierung zurückzudrehen. Zu stark ist die ökonomische und politische Abhängigkeit vom Gedeihen des Finanzsektors. Notwendig wäre heute zunächst ein Mentalitätswandel in Bezug auf die Rolle des Finanzsektors, gefolgt von Reformen, die auf einen echten Strukturwandel angelegt sind.

Die bisherigen Bemühungen zur Reform der Finanzmarktregulierung erfüllen diesen Maßstab jedoch bei Weitem nicht. Dies wäre aber nicht nur wünschenswert, sondern auch prinzipiell möglich. Das Gesicht des Kapitalismus wurde nicht alleine durch technologischen Fortschritt und Finanzinnovationen verändert. Finanzialisierung wurde durch konkrete politische Weichenstellungen eingeleitet und befördert – und könnte entsprechend auch wieder rückgängig gemacht werden, wenn nur der politische Mut dafür vorhanden wäre.

Gülay Çağlar

Engendering des Finanzmarktkapitalismus

Die Forderung nach einer geschlechtersensiblen Betrachtung und Transformation («Engendering») des Finanzmarktkapitalismus ist in der Regel nicht leicht zu vermitteln – steht doch auf dem Finanzmarkt der Handel mit Währungen, Aktien, Anleihen oder Derivaten im Mittelpunkt, was auf den ersten Blick nichts mit Menschen und erst recht nichts mit Geschlechterverhältnissen zu tun haben scheint. Ein Kardinalfehler, der schleunigst behoben werden sollte.

Gülay Çağlar

(* 1973) Politologin, ist wiss. Mitarbeiterin am Fachgebiet »Gender und Globalisierung« der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät an der Humboldt-Universität zu Berlin. 2010 erschien im VS Verlag *Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie* (herausgegeben mit Christine Bauhardt).
guelay.caglar@gender.hu-berlin.de



Feministische Ökonominen werden nicht müde zu betonen, dass der Finanzmarktkapitalismus und dessen Krisenhaftigkeit auf asymmetrischen Geschlechterordnungen gründen und diese stets reproduzieren. So wird beispielsweise die dem Shareholder-Value-Kapitalismus zugrunde liegende Logik kritisiert; nämlich die Orientierung von Unternehmensentscheidungen an kurzfristigen Renditeerwartungen seitens der Finanzinvestoren und der privaten

Anteilseigner. Dem kämen Geschlechterhierarchien auf den internationalen Arbeitsmärkten zupass, denn aufgrund der günstigen Arbeitskraft von Frauen vor allem im globalen Süden könnten transnationale Konzerne (z.B. der Elektronikindustrie) ihre Produktionskosten niedrig halten und höhere Renditen realisieren.

In öffentlichen Diskussionen werden Fragen der Geschlechtergerechtigkeit kaum mit dem Thema der Finanzmärkte und Finanzmarktkrisen in Zusammenhang gebracht. Umso interessanter ist es, dass im Zuge der aktuellen Finanzkrise, der so genannten »Subprime-Krise«, unvermutet Geschlechterfragen thematisiert wurden – und dies nicht ausschließlich von Feministinnen. »Die Finanzmarkt-Trümmerfrauen«, so titelte die *Financial Times Deutschland* am 11. Februar 2009 und er-

klärte Männer mit ihrem risikofreudigen Verhalten zu den Verursachern der Finanzkrise und die eher risikoaversen Frauen zu den Hoffnungsträgerinnen im Krisenmanagement. Es ist die Maßlosigkeit der vornehmlich männlichen Investoren, die in die Kritik geraten ist. Die Welt schien – zumindest für eine kurze Zeit – Kopf zu stehen, denn plötzlich waren es die Männer und ihr Streben nach unrealistisch hohen Renditen, denen ein »testosterongesteuertes« irrationales Verhalten zur Last gelegt und somit ihre Handlungsfähigkeit als Wirtschaftsakteure in Frage gestellt wurde.

Die den Frauen zugeschriebenen Eigenschaften, wie beispielsweise Behutsamkeit und Fingerspitzengefühl, schienen nunmehr kein Ausschlusskriterium für das »harte« Geschäft im Finanzsektor zu sein.

Diese biologistischen Erklärungsversuche der Krise mündeten in der Forderung, den Frauenanteil in den Führungsgremien (Vorstand und Aufsichtsrat) der Finanzwirtschaft zu erhöhen.

Engendering auf der Akteursebene

Die Datenlage ist eindeutig, wie aus einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaft in Berlin (DIW) hervorgeht: In Deutschland sind Frauen beispielsweise in den Spitzengremien des Finanzsektor deutlich unterrepräsentiert. So beläuft sich der Frauenanteil in den Vorständen der 100 größten Banken und Sparkassen auf 2,6 % und in den Vorständen der 62 größten Versicherungen auf 2,8 %. In den Aufsichtsräten sieht die Situation etwas besser aus; der Frauenanteil beträgt bei Banken und Sparkassen 16,8 % und bei Versicherungen 12,5 %. Dies ist jedoch in erster Linie den Mitbestimmungsregelungen auf der Unternehmensebene zu verdanken, denn das Gros der Frauen wird von den Arbeitneh-

mervertretungen in die Aufsichtsräte entsandt.

Ähnlich problematisch sieht die Situation in den Institutionen der globalen Finanzmarktregulierung aus, wie beispielsweise im Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF), um nur ein Beispiel zu nennen. Zwar ist nun mit Christine Lagarde derzeit eine Frau die Vorsitzende des IWF-Exekutivdirektoriums, doch in dem 24-köpfigen Gremium befindet sich lediglich ein weibliches Mitglied (unter den 24 stellvertretenden Mitgliedern sind zwei Frauen) (Stand 30. Juli 2011). Auch in der so genannten Stiglitz-Kommission, eine im Jahre 2009 von der UN einberufene Experten-Kommission zur Reform des internationalen Währungs- und Finanzsystem, sind Frauen mit zwei weiblichen Mitgliedern von insgesamt 22 Mitgliedern deutlich unterrepräsentiert. Diese Beispiele verdeutlichen, dass im Hinblick auf den Frauenanteil in den Führungsgremien der Finanzwirtschaft sowie der Regulierungsbehörden Handlungsbedarf besteht.

Nichtsdestotrotz sei darauf hingewiesen, dass ein Engendering des Finanzmarktkapitalismus nicht auf die bloße Erhöhung des Frauenanteils zu reduzieren ist. Um Missverständnisse zu vermeiden: Die Erhöhung des Frauenanteils ist aus einer *Gleichstellungsperspektive* eine sehr wichtige Forderung, die es weiterhin zu verfolgen gilt. Allerdings geht ein höherer Frauenanteil nicht zwingend mit einer geschlechtergerechten Transformation der Finanzmärkte einher. Im Gegenteil: Frauen sind massiv unter Druck, sich den bestehenden Handlungsnormen und Strukturen auf den Finanzmärkten unterzuordnen, um in ihren jeweiligen Arbeitsfeldern bestehen zu können. Vielmehr gilt es, eben diese Handlungsnormen sowie die Bewertungskriterien für Investitionen einer kritischen Prüfung zu unterziehen und aus einer Geschlechterperspektive zu verändern.

Engendering der Bewertungskriterien auf Finanzmärkten

Ratingagenturen spielen auf den Finanzmärkten eine zentrale Rolle – sie sind es, die Finanzprodukte sowie die Kreditwürdigkeit von Staaten bewerten. Ihnen wird in der Regel eine »epistemische Autorität« zugeschrieben, die eine immense Wirkmacht entfaltet hat: Die von ihnen bereitgestellten Informationen über das Ausfallrisiko von Anleihen und Krediten haben eine Signalfunktion, die die Kapitalflüsse entscheidend beeinflussen; im äußersten Fall beispielsweise eine Unterbrechung der Kapitalflüsse in schlecht bewertete Staaten bewirken, wie aktuell im Falle Griechenlands deutlich wird.

Doch im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sind Ratingagenturen aufgrund ihrer folgenreichen Fehleinschätzungen – sei es hinsichtlich bestimmter Finanzprodukte oder hinsichtlich der ökonomischen Leistungsfähigkeit von Staaten wie z.B. Irland – massiv in die Kritik geraten. Wurde zuvor vorbehaltlos von der Zuverlässigkeit des standardisierten und objektiven Wissens der Ratingagenturen ausgegangen, wird nun genau dies, vor allem auch im Zusammenhang der aktuellen Eurokrise, hinterfragt. Nichtsdestotrotz halten sich alle relevanten Marktteilnehmer weiterhin an die Bewertungen der Ratingagenturen; es herrscht *business as usual*.

Aus einer Geschlechterperspektive lässt sich eine fundamentalere Kritik formulieren, bei der die Bewertungskriterien und die dadurch postulierte Sachzwanglogik im Mittelpunkt der Betrachtung stehen: Die ökonomische Leistungsfähigkeit von Volkswirtschaften wird an festgelegten Wirtschaftseckdaten festgemacht, wie beispielsweise der Wirtschaftswachstumsrate, der Inflationsrate und dem Haushaltsdefizit. Positiv bewertet werden vor allem jene wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die auf das Ziel der Markteffi-

zienz ausgerichtet sind – also beispielsweise die Inflationsrate und die Staatsausgaben bzw. generell die Staatstätigkeiten niedrig zu halten. Feministische Ökonominen kritisieren an der Bemessung der ökonomischen Leistungsfähigkeit den ausschließlichen Fokus auf monetäre Größen. So argumentiert Diane Elson, dass wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie die Deregulierung, Liberalisierung sowie die Privatisierung z.B. von öffentlichen Leistungen, auf der makroökonomischen Ebene nur den Anschein haben, eine höhere Markteffizienz herzustellen. Der ausschließliche Fokus auf marktförmige Zusammenhänge ziehe die Ausblendung nicht-marktförmiger Leistungen auf der Haushaltsebene – also die nicht-marktförmige Reproduktionsarbeit von Frauen – mit sich. Der Rückgang von Staatstätigkeiten in Form der Privatisierung öffentlicher Leistungen wirke sich unmittelbar auf den privaten Haushaltssektor aus. Kürzungen vor allem im Gesundheits- und Pflegebereich hätten eine Ausdehnung der nicht-marktförmigen Reproduktionsarbeit von Frauen zur Folge. Das heißt, die Herstellung der Markteffizienz geht mit einer Verschiebung der Kosten auf den reproduktiven Bereich einher. Dies wird von feministischen Ökonominen insofern als problematisch erachtet, als die Überlastung von Frauen die Reproduktion von Arbeitskräften für die gesamtwirtschaftliche Produktion gefährdet. Der etwas funktionalistisch anmutenden Argumentation liegt ein Kerngedanke zugrunde: Nicht-marktförmige Tätigkeiten, wie die unbezahlte Fürsorgearbeit von Frauen, werden als integraler Bestandteil von gesamtwirtschaftlichen Prozessen erachtet. Folglich gilt es, wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht nur an dem Ziel der Markteffizienz auszurichten, sondern auch an dem der sozialen Nachhaltigkeit. Für die Bewertungskriterien von Ratingagenturen bedeuten diese Überlegungen, dass es eben nicht darum gehen kann,

die Einstufung der Bonität von Staaten an der Radikalität marktorientierter Reformen festzumachen. In die Bewertung müsste eben auch einfließen, ob und inwiefern wirtschaftspolitische Maßnahmen kontraproduktiv auf die soziale Reproduktion wirken. Nur eine geschlechtersensible Wirtschaftspolitik, die die unbezahlte Arbeit von Frauen als eine ökonomisch relevante Tätigkeit begreift, diese entsprechend berücksichtigt und die sozialen Rechte von Frauen einlöst, vermag es, die ökonomische Leistungsfähigkeit sicherzustellen.

In ähnlicher Weise müssten auch die Bewertungskriterien für Unternehmen verändert werden: Diese werden nach ihrer Rentabilität, aber auch nach der Einhaltung der Marktregeln (z.B. Bilanzierungsvorschriften) beurteilt. Unberücksichtigt bleibt dabei, ob die Rentabilität auf Kosten von Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen realisiert wird. Bei der Bewertung

müsste neben der Rentabilität auch geprüft werden, inwiefern Unternehmen sozial verantwortlich handeln. Wichtig ist, dass die soziale Verantwortlichkeit (*Corporate Social Responsibility*) auch Fragen der Geschlechtergerechtigkeit (z.B. in Hinblick auf Lohn Differenzen) umfasst.

Die Erhöhung des Frauenanteils in der Finanzwirtschaft ist somit sehr wünschenswert, sie führt jedoch nicht zwingend zu einer Veränderung der Verhaltensweise der Finanzmarktakteure. Andere Reformvorschläge, wie etwa die Finanztransaktionssteuer, zielen zwar darauf ab, das Spekulationsverhalten auf den Finanzmärkten einzudämmen, aber sie haben nicht den geschlechtergerechten Umbau des Finanzmarktkapitalismus zum Ziel. Aus diesem Grund scheint mir, die auf den Finanzmärkten gültigen Bewertungskriterien zu verändern, ein wichtiger, wenn auch nicht leichter Ansatz für ein Engendering des Finanzmarktkapitalismus.